

17.30

Abgeordneter Josef A. Riemer (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Na ja, dieser Antrag ist ja in Wirklichkeit schon wieder überholt. Er ist vor einem Jahr, 2014, noch abgeändert worden – beim letzten Menschenrechtsausschuss –, und wenn man dann die Geschichte von gestern im EU-Innenministerrat gehört hat, dann weiß man, er ist schon wieder überholt. Also man merkt schon, das alte Sprichwort stimmt: Gestern standen wir am Rande des Abgrunds – heute sind wir einen bedeutenden Schritt weiter. Keiner weiß wohin, aber alle machen mit – das ist die europäische Tragödie, und das ist auch eine österreichische Tragödie.

Nehmen wir einige Punkte aus dem Antrag heraus, da steht drinnen: „(...) Asylsystem' in allen EU-Staaten tatsächlich umgesetzt“ werden kann. – Kann mir jemand erklären, was das Asylsystem ist, komplett? Dann bitte ich um eine Nachhilfestunde!

Der nächste Punkt ist: eine quotenmäßige Aufteilung. Meine Frage ist immer ... Jetzt beziehe ich mich auf Otto Pendl – einen großen Pragmatiker im Hohen Haus, ich schätze ihn sehr –, der sagt: Man kann über alles unaufgeregt reden! Und er hat heute in der Aktuellen Stunde etwas Tolles gesagt – ich zitiere –: Wir brauchen „einen nationalen Schulterschluss“.

Ich stehe auch dazu, also müssen wir auch über dieses Thema unaufgeregt reden. Das heißt: Brauchen wir wirklich Quoten? Wem nützt die Quote in Österreich, und wem nützt sie überhaupt in der EU? Oder können wir unaufgeregt sagen: das Boot in Österreich ist voll!? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nur zwei Zahlen, ich möchte Sie nicht langweilen: 14 225 Asylanträge, 160 Prozent Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Dann habe ich gesehen: 314 Asylanträge an einem Tag, das ist der höchste Wert, den es überhaupt jemals, seit es Aufzeichnungen gibt, gegeben hat. Die Frau Innenministerin beklagt zu Recht, dass an und für sich 90 Prozent der Asylanträge von zehn Mitgliedstaaten abgearbeitet worden sind, das bedeutet also, 18 Mitgliedstaaten haben 10 Prozent abgearbeitet. Bitte, wo ist da die europäische Solidarität?

Gestern bei diesem wunderschönen EU-Gipfel hat die EU-Kommission festgestellt, sie möchte 40 000 Eritreer und Syrer auf die EU aufteilen. Das ist gescheitert. Ja, warum ist denn das gescheitert? – Ja, da hat man gemeint, es gibt schon inoffiziell etwas, man kann sich mit den Quoten nicht anfreunden.

Der nächste Punkt war noch ein viel besserer, das ist typisch EU-Deutsch, umgesetzt von de Maizière, der gesagt hat, es gebe „noch keine Lösung aber die gemeinsame Überzeugung, dass wir sehr bald eine gemeinsame Lösung brauchen“. – Können Sie sich vorstellen, wie weit das geht und wie es in Österreich weiter zugeht?

Gleichzeitig wurde damit auch die Freiwilligkeit von Staaten abgehandelt; also man zwingt die Staaten nicht, sondern jeder Staat entscheidet freiwillig über diese Quote, wenn man der Presse Glauben schenken darf. Zusätzlich hat der italienische Vertreter noch gemeint, mit diesen temporären Schengen-Visa sei es ja eigentlich gar nicht so, das sei gar keine offizielle Drohung Italiens gewesen, sondern nur eine Indiskretion der Journalisten. Der Nächste, das war der Franzose, hat angesichts der vielen Hundert in Italien gestrandeten Migranten gesagt: Na ja, so ist es eigentlich nicht, denn es gibt den Willen von Frankreich und Italien, zusammenzuarbeiten!

Aber die Wahrheit ist eine andere. Wir müssen uns der Frage stellen: Wie gehen wir mit dieser Völkerwanderung um? 1,2 Milliarden Afrikaner, bitte, gibt es – oder vielleicht schon mehr –, was machen wir? – Da gilt es, klare Verhaltensmaßregeln und Richtlinien hier in Österreich zu formulieren, wenn die EU versagt, bitte; da müssen wir national einschreiten können. *(Beifall bei der FPÖ sowie der Abg. Lintl.)*

Wir haben noch ein nächstes Problem im Ausschuss, das ich aufgrund der Zeit kurz anschnitten möchte. Man hat es belächelt: Es gebe nur Einzelfälle, kleine winzige Einzelfälle, in denen es Übergriffe gebe. – Nehmen Sie die letzten paar Tage her: Traiskirchen, die Kinder trauen sich nicht mehr zur Schule zu gehen. Wir sehen es wieder einmal, im Hotel am Semmering – berüchtigt schon von Anbeginn an –: Massenschlägerei von 120 Asylwerbern, wobei der Bürgermeister zu Recht sagt, die Frau Innenminister habe ihn im Stich gelassen – vornehm ausgedrückt –, denn eigentlich waren nur 50 geplant. Diese Leute haben schon dort gewohnt, wurden dann plötzlich wieder mit weiteren Hundert bestückt.

Massenschlägerei – nur damit Sie wissen, was das kosten kann –: vier Verletzte, 50 Personen direkt betroffen, vier Sektorenstreifen aus dem Raum Mürzzuschlag, Kindberg, Polizeistreifen aus Gloggnitz und eine Hundestreife. Dieser harmlose Einsatz hat stundenlang gedauert. Harmlos?!

Ich rede nicht von Kufstein, ich rede von vielen, vielen kleinen Dingen, die in der Südsteiermark passieren. Ich zähle auf: Straß, Arnfels, Oberhaag, Gleinstätten, Wildon. Ich weiß nicht, wo die Herren und Frauen Abgeordneten sind; sie sollen dorthin gehen. Das sind ungefähr 10 000 Leute. Das sind keine Horrorszenarien, Sie können tagtäglich diesen seligen Umgang mit diesen glücklichen Kriegsflüchtlingen sehen.

Noch einmal: Das sind Traumatisierte, aber dass auch die autochthone Bevölkerung dem Menschenrecht unterliegt, das soll hier auch einmal eindeutig klargestellt werden.
(Beifall bei der FPÖ.)

Es geht darum, über alles zu diskutieren. Das heißt aber auch – das hat Kollege Cap vor einem Jahr schon einmal gesagt –, dass wir auch weltweit schauen müssen. Was ist mit Libyen passiert? Warum kommen die jetzt rüber? Warum war das beim Gaddafi nicht möglich? Was ist mit dem Irak passiert? Wer sind die Nutznießer? Cui bono, wem nützt das Ganze? Wem nützt es, wenn Afrika an und für sich destabilisiert wird? Wem nützt es, dass multinationale Konzerne dort ihr Geld verdienen, wo wir diese Ländereien aushungern, und, und, und?

Zum Abschluss bringe ich ein Zitat: „Eine Politik der offenen Tür kann weder im Sinn der bereits hier Lebenden noch potenzieller Zuwanderer sein, die mit falschen Versprechen auf eine gefährliche Reise gelockt werden.“

Aber eines können wir sicher tun, was nämlich acht Landeshauptleute bereits von sich gegeben haben: nichts anderes als temporäre Grenzkontrollen durchführen.

Ich bringe daher folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Riemer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Durchführung temporärer Grenzkontrollen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert auf Grund der unkontrollierten Migration von Flüchtlingen, der steigenden Schleppertätigkeit und dem Kriminaltourismus schnellst möglich temporäre Grenzkontrollen durchzuführen.“

Es ist höchste Zeit. Das Wasser steht uns nicht bis zum Hals, sondern über den Kopf drüber. – Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

17.37

Präsident Karlheinz Kopf: Der soeben von Herrn Abgeordnetem Riemer eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Riemer und weiterer Abgeordneter

betreffend Durchführung temporärer Grenzkontrollen

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Menschenrechte über den Antrag 588/A(E) der Abgeordneten Franz Kirchgatterer, Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Menschenrechtsslage an den Grenzen der EU (675 d.B.) (TOP 18)

Auf Grund der großen Flüchtlingsströme und der steigenden Schleppertätigkeit, wodurch es zu einem massiven Anstieg bei Asylwerbern in Österreich gekommen ist und die Bundesländer im Zuge der Flüchtlingsbetreuung, Grundversorgung, für die Unterbringung der Flüchtlinge zu sorgen haben, sprachen sich in den letzten Wochen acht von neun Landeshauptmännern für die Wiedereinführung temporärer Grenzkontrollen aus:

„Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) hat sich am Freitag für die Einführung temporärer Grenzkontrollen ausgesprochen. (...)“

Die Presse online, 12.09.2014

„Auch der rote burgenländische Amtskollege Hans Niessl ist auf Schiene. Im neuen rot-blauen Regierungsprogramm wird das Überwachen der Grenze dezidiert als Ziel formuliert. Dementsprechend froh ist man in Niessls Büro über Pühringers Vorstoß. „Wir freuen uns, dass unser Vorschlag aufgegriffen wird“, heißt es auf ÖSTERREICH-Anfrage“

Österreich, 15.06.2015

„In der Debatte über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen wegen der Zunahme an Asylwerbern kann sich der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) „punktuelle Kontrollen da oder dort“ vorstellen. (...)“

ORF Tirol, 17.09.2014

„Auch Landeshauptmann Pühringer für Grenzkontrollen (...)“

SN online, 17.09.2014 ; Österreich, 15.06.2015

„Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) schließt sich in der Frage der Grenzkontrollen seinen Kollegen Josef Pühringer und Günther Platter an. (...)“

SN online, 18.09.2014

„Gegenüber ÖSTERREICH spricht sich auch Salzburgs VP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer – unter Bedingungen – für die Kontrollen aus: „Wenn die Situation es notwendig macht, dann ist das denkbar.“

Österreich online, 15.06.2015

"Ich glaube, dass es an der Zeit ist, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem man Grenzkontrollen wieder einführt und zwar im Bedarfsfall von einem Tag auf den anderen": Mit diesen Worten schlug gestern Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll so wie zuvor sein burgenländischer Amtskollege Niessl Sicherheitsalarm.

Krone, 16.09.2014

„Peter Kaiser, immerhin Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, ließ dem KURIER durch seinen Sprecher ausrichten, er könne sich Grenzkontrollen grundsätzlich vorstellen (...)"

Kurier online 17.09.2014

„Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser. „Sollte die Union weiter nur zögerlich agieren, bin ich ebenfalls für zeitlich befristete Grenzkontrollen." (...)"

Kurier online 17.09.2014

„Grenzkontrollen: Wallner dafür, wenn Sicherheitslage es erfordert (...)"

Vorarlberg online, 18.9.2014

Nicht nur wegen der unkontrollierten Migration von Wirtschaftsflüchtlingen sind Grenzkontrollen notwendig geworden, sondern auch wegen des immer stärker werdenden Kriminaltourismus. Derzeit könnten die vorwiegend osteuropäischen Einbrecherbanden völlig ungehindert ein- und mit dem erbeuteten Diebesgut auch wieder

ausreisen, ohne irgendwelche Kontrollen befürchten zu müssen.

Nur mit Grenzkontrollen kann Österreich diesem unkontrollierten Ein- und Durchreise von Wirtschaftsflüchtlingen und auch Kriminellen Einhalt gebieten und so auf europäischer Ebene ein Umdenken und endlich ein tätig werden bewirken.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert auf Grund der unkontrollierten Migration von Flüchtlingen, der steigenden Schleppertätigkeit und dem Kriminaltourismus schnellst möglich temporäre Grenzkontrollen durchzuführen.“

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Klubobmann Dr. Lopatka. – Bitte.